

Umweltschützer kämpfen: Dunkle Pläne für Borkums Nordsee-Gas!

Im Streit um die Gasbohrungen vor Borkum warnen Umweltschützer vor irreversiblen Schäden und fordern die Ablehnung der Kabelgenehmigung.



Borkum, Deutschland - Im erbitterten Streit um die umstrittenen Gasbohrungen vor Borkum bringt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) neue juristische Schritte ins Spiel. Der niederländische Konzern One-Dyas hat, trotz einer zuvor erlittenen Niederlage vor Gericht, erneut versucht, Genehmigungen für die Erdgasförderung und die Verlegung eines Seekabels durch geschützte Steinriffe zu erhalten. Diese Genehmigung ist von entscheidender Bedeutung, da sie die Erdgasförderung vorantreiben könnte, während noch ausstehende Klagen von der DUH vor Gericht geklärt werden müssen. Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH, fordert klare Maßnahmen von den Umweltministern, um die Natur zu schützen. Er erklärt: „Wir kämpfen seit mehr als

zwei Jahren gegen diese Gasbohrungen in der Nordsee...” und betont die Notwendigkeit, das Seekabel nicht zu genehmigen, um weitere Schäden zu vermeiden. Auch der BUND Niedersachsen und die Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland äußern ihre Besorgnis über die drohenden Umweltschäden, die mit dem Projekt verbunden sind, wie auf der Seite von **ÖkoNews** berichtet.

Rechtliche Schritte gegen Kundeninteressen

Aufgrund von Klagen der DUH und anderer Umweltverbände hat One-Dyas eingeräumt, dass der Zeitplan für den Beginn der Gasförderung vor Borkum nicht eingehalten werden kann. Die DUH hat zusätzlich eine Klage gegen die Genehmigung zur Gasförderung eingereicht, weil sie behauptet, dass die Erteilung dieser Genehmigung den Schutz des empfindlichen Meeresökosystems missachtet. Müller-Kraenner warnt: „Unsere erfolgreiche rechtliche Vorgehensweise gegen dieses unnötige fossile Projekt werden wir mit aller Kraft fortsetzen.“ Die Forderung nach einer endgültigen Verweigerung der Genehmigung für das Seekabel bleibt im Zentrum des Konflikts, da ohne diese Genehmigung die Gasförderung nicht beginnen kann. Susanne Gerstner, Landessprecherin des BUND Niedersachsen, ergänzt, dass diese Entscheidung auch für die Glaubwürdigkeit der Grünen entscheidend sei, wie in einer Pressemitteilung auf **DUH.de** festgehalten.

Die gemeldeten Fortschritte in den Rechtsstreitigkeiten zeigen die ernsthaften Spannungen zwischen wirtschaftlichen Interessen der fossilen Brennstoffindustrie und den dringenden Anforderungen des Naturschutzes. Während der Konzern darauf abzielt, das Gasfeld in der Nordsee zu erschließen, wird der Druck von Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen, diese Vorhaben zu stoppen, auch in Zukunft nicht nachlassen.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Borkum, Deutschland
Quellen	• www2.oekonews.at • www.duh.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at